

Berufsfeuerwehr

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner

Nummer 28

Berlin, den 11. Juli 1931

23. Jahrgang

Hauptfeuerwache Leipzig in neuzeitlicher Gestaltung

Or reichlich einem Jahre, am 31. März 1931, wurde die Leipziger Hauptfeuerwache nach einem durchgängigen und erheblichen Um- und Erweiterungsbau mit einer schlichten Einweihungsfeierlichkeit ihrer Bestimmung übergeben. Wir berichten erst heute darüber, weil damals der Innenausbau noch nicht völlig beendet war. Wenn auch das Fehlende noch nicht restlos erstellt wurde, so ist doch ein monumentalartiger Zweckbau entstanden, der mit geringen Ausnahmen allen Anforderungen an eine moderne Hauptfeuerwache gerecht wird.

Die alte Hauptfeuerwache wurde in den Jahren 1880/81 am Fleischerplatz in weit voraussehender Geräumigkeit errichtet. Mehrere Jahrzehnte hat das frühere Gebäude den Anforderungen an das Feuerlöschwesen einer Großstadt entsprochen, bis es denn doch nach und nach zu klein wurde und nach 50-jährigem Bestehen neuzeitlichen Erfordernissen nicht mehr genügt. Ganz unzureichend waren die Fahrzeughallen, in denen teilweise die Alarmfahrzeuge noch hintereinander aufgestellt werden mußten und hierdurch die Möglichkeit von Verzögerungen beim Ausrücken gegeben war. Die Werkstätten entsprachen in keiner Weise mehr den Anforderungen, die im Interesse gründlicher und schneller Ausbesserungsarbeiten an den Fahrzeugen und Geräten sowie der Instandhaltung der Gebäude samt Inneneinrichtung erforderlich sind. Es herrschte empfindlicher Mangel an Keller- und Abstellräumen für kleine Gerätschaften, Ersatz- und Heizungsmaterial. Benutzt waren Büro- und Kammerräume; insbesondere aber waren die meisten, den allgemeinen und gesundheitlichen Zwecken dienenden Räume für das Personal äußerst beschränkt, unzureichend und verbesserungsbedürftig. Unhygienisch war der Zustand, daß wegen Platzmangel die Lagerstellen in den Schlafstätten im Wechsel von zwei Beamten benutzt werden mußten. Die Küche war viel zu klein, mit ungenügender und veralteter Kucheinrichtung; Wasch-, Bad- und Abort trugen der rund 150 Mann starken Besatzung der Hauptfeuerwache in keiner Beziehung mehr Rechnung.

Außer diesen, in beschränktem Maße vorhandenen, fehlte es aber völlig an einer Anzahl von Räumen, die dringend notwendig geworden waren, um den gesteigerten dienstlichen und persönlichen Bedürfnissen abzuhelfen. So fehlte vollkommen eine Fahrzeugwaschhalle mit Kalt- und Warmwasser, ein Uebungsraum für Rauch- und Gasdruckwehen, Sonderräume für das Sanitätspersonal, ein Lehrmittel- und Gerichtszimmer und ein Turnsaal. Bisher fand das Turnen in einer Fahrzeughalle statt, die von Brennstoffgasen gelangerte Luft die gesundheitliche Wirkung der Leibesübungen sehr in Frage stellte. Durch Wegfall der freien Straßeneinfahrt kommen zahlreiche Fahrzeuge mittels Fahrrad zur Dienststelle, für deren Abstellung entsprechende Möglichkeiten vorhanden war. Das Fehlen eines Schreibzimmers für die Allgemeinheit, eines Sitzungszimmers für die Beamtenschaft, eines Abstellraumes für den Rad und von Materialaufzügen ließ den Wunsch auf deren Errichtung laut werden.

Nach eingehenden Beratungen der städtischen Körperschaften, in Abstimmung zwischen Hochbauamt, Direktion der Feuerwehr und Beamtenschaft wurde der Um- und Erweiterungsbau der

Hauptfeuerwache beschlossen und in den Jahren 1928 bis 1930 in drei Bauabschnitten durchgeführt. Sehr schwierig war hierbei die gleichzeitige Aufrechterhaltung der Alarmbereitschaft, denn es mußten alte Werkstattgebäude abgebrochen, die Werkstätten verschiedene Male in provisorische und neuerstellte Räume verlegt, es mußten Notbrücken und Verbindungswege über die Baugruben von einem Bauabschnitt zum anderen angelegt werden. Diese Unzuträglichkeiten entstanden dadurch, daß monatelang halbfertige Räume als Aufenthaltsräume oder Werkstätten benutzt werden mußten und der Staub von Abbrucharbeiten und vom Kalk des Neubaus breitete sich nicht nur innerhalb des letzteren, sondern ebenso in allen Räumen des Altbaues nahezu zwei Jahre lang über alles aus, was ein Feuerwehrmann auf Wache, zum Dienst und zum Leben benötigt.

Doch alle diese Beschwernisse wurden, wenn auch nicht gerade sanft und lautlos, so doch als unabänderlich und in der Erwartung ertragen, daß der Umbau auch der Beamtenschaft Verbesserungen bringen würde. Ein besonderes Hindernis war das Auftreten eines starken Grundwasserstromes beim Ausheben der Baugruben. Bevor deshalb an die Errichtung von Mauern gegangen werden konnte, mußte eine metertiefe Grundplatte aus schwerem Eisenbeton gegossen werden, die zur Isolierung des Baues erforderlich war. Darnach entstand Abschnitt um Abschnitt des Neubaus und zuletzt der innere und äußere Umbau des alten Gebäudes und ein einheitlicher Abzug der gesamten Front.

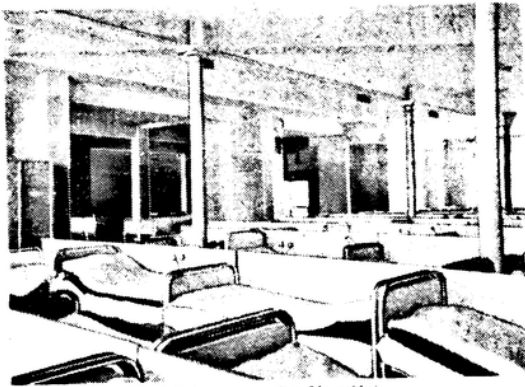
Hatte das alte Hauptgebäude eine Länge von 37 Meter, so erhielt die neue Gesamtfront eine Ausdehnung von 71 Meter mit 15 Ausfahrtstoren einschließlich zweier Haupteingangstore mit Treppenhäusern bis ins Dachgeschoss. Ueber dem Erdgeschoss erheben sich vier Obergeschosse mit 30 Fenstern Frontseite und ein Dachgeschoss mit einer Stimmhöhe von 22 Meter und einer Firsthöhe von 30 Meter. Die gesamten Kosten des Neu- und Umbaus sowie der Inneneinrichtung und des Mobiliars betragen über 900 000 Mk. — Ein Rundgang durch das ganze Haus von unten nach oben soll eine Uebersicht von der Einteilung des Gebäudes geben. Im Kellergeschoss ist die Heizungsanlage samt Koksstellern untergebracht. Der spätere Anschluß an die städtische Fernheizung ist vorgesehen. In einem besonderen Raum sind die Akkumulatorenbatterien zur Speisung der Feuermeldelinien aufgestellt. Ferner sind Keller zur Lagerung von Baumaterialien, Kabeln, Reserveteilen, Gummibereifung und Schmiermitteln sowie zum Abstellen von Fahrrädern vorhanden. Auf einer, neben der Kellertreppe angeordneten, dritten Ebene können die Fahrräder bequem hinunter- und hinaufgefahren werden. In einem Sonderraum sind die Maschinen der Saugentlüftungsanlage für die Fahrzeughallen und Arbeitsgruben eingebaut. An der Frontseite des Erdgeschosses befinden sich vier Fahrzeughallen mit zusammen 15 Vorausfahrten.

In den Fahrzeughallen sind aufgestellt: 2 Motorprüfstände, 2 Motorleitern, 2 Grobkunfallfahrzeuge, je 1 Schaumlöschgenerator-fahrzeug und 1 Kohlenäurenebelgerät zum Anhängen, 1 Ueberlandspitze mit Anhängespitze, 1 Tiertransportwagen, 2 Personewagen, 2 Lastwagen und 6 Krankenwagen.



Gesamtansicht vom Fleischerplatz aus

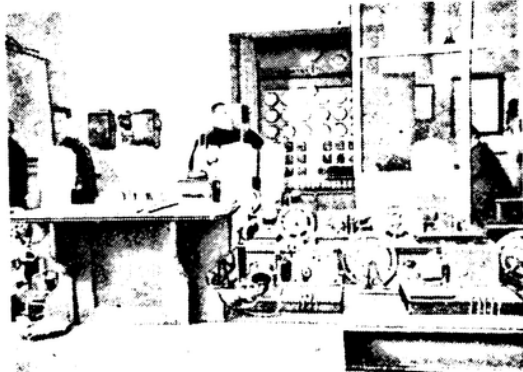
Im Erdgeschoß ist ferner enthalten die Pförtnerstube, eine Kammer für Schlauchvorrat und Reinigungsmaterial, ein Raum für auf verschiedene Längen zugeschnittene Abteischlöcher, für Sägespäne, trockenen Sand für Lauftränke und vier Arbeitsgruben mit Entlüftung die Arbeiten wesentlich. Ueber der Autowerkstatt befindet sich die mit modernen Werkzeugmaschinen und Feilbänken ausgestattete Dreherei und Schlosserei und das Büro des Werkstattvorstehers.



Schlafraum im zweiten Obergeschoß

Im obersten Obergeschoß befindet sich auf dessen Westflügel ein vorbildlich gelagerter, geräumiger Tagesaufenthaltsraum, der auf drei Seiten Fenster besitzt und Licht und Luft reichlich Zutritt gestattet. Daneben liegt das Telegraphenzimmer mit der halbautomatischen Fernsprechanlage. Ein Schreibzimmer für die Allgemeinheit ermöglicht den Beamten die ungehörte Erledigung von schriftlichen Arbeiten, Vertiefung in die Dienstvorschriften, Vorbereitung für die verschiedenen Prüfungen usw. Für die Brandmeister, Oberbrandmeister und den Brandinspektor sind besondere Aufenthaltsräume vorhanden. Für den Dienstunterricht der Beamten sind ein Unterrichts- und Lehrmittelzimmer abgetrennt, deren Innenausstattung wegen Mangel an Mitteln noch manches zu wünschen übrig läßt.

Der Aufstellung von 165 Schränken, die zur Verwahrung der Bekleidungsstücke, Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel dienen, deren ein Feuerwehreamter während seiner 24stündigen Dienstzeit bedarf, genügt ein besonderer Schrankraum. Saubere, mit

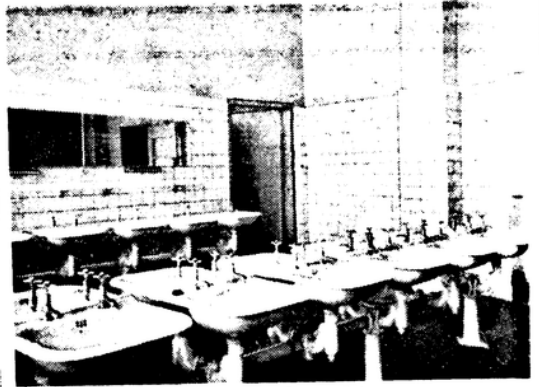


Telegraphenzimmer im ersten Obergeschoß

weißen Fliesenwänden verkleidete Waid- und Boderräume dienen der Reinigung und Erfeldung nach schmutziger Werkstatnarbeit, zur Säuberung von Schweiß, Ruß und Brandgeruch nach der Rückkehr vom Feuer. Eine Küche ist ausgestattet mit Gasheiz- und Wärmehöfen, einem Innherdchen heißwasserbereiter, Spül-

einrichtung und zwei Eisschränken. In demselben Stockwerk befindet sich die Malerei und die Tischlerei mit modernen Holzbearbeitungsmaschinen nebst Holzvorratslager.

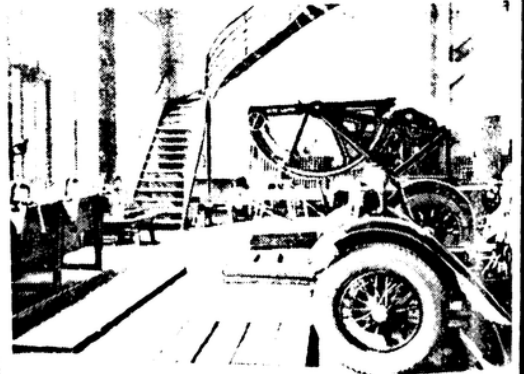
Das zweite Obergeschoß ist aufgeteilt in eine Dienstwohnung für den Branddirektor, in die Schlafräume für die Beamten und die Mechanikerwerkstatt mit zwei Nebenräumen für den Werkstatt-



Washraum mit Jar zum Waschen

vorsteher und das Materiallager. In den großen, luftigen, lichtdurchflößenen Schlafräumen sind 141 Lagerstellen aufgestellt, wobei damit der frühere Mangel der wechselweisen Benutzung durch verschiedene Beamte beseitigt ist. Eine besondere hygienische Einrichtung ist die sogenannte Bewetterung der Schlafsäle, bei denen sich erfahrungsgemäß durch den Aufenthalt vieler Menschen Ausdünstungen der Kleider und das hochzeitigen von Rauchgasen beim Anlassen der Motoren in den Fahrzeughallen allerlei Staubluft ansammelt. Mittels einer Druckventilatoranlage kann jederzeit, besonders nach einem Alarm, Druckluft von geringem Hebevermögen in die Schlafräume geleitet werden. Die Druckluft strömt aus den an den Decken aufgehängten Kanälen in die Räume aus und drängt die vorhandene und etwa eindringende schlechte Luft durch alle Tür-, Fenster- und Rutschstangenöffnungen und hinausständig aus den Schlafräumen hinaus. Die Verdrängung und Entfernung der schlechten Luft wird dabei unterstützt durch die gleichzeitige Anstellen der Abfangeinrichtung in den Fahrzeughallen, die unter den Schlafräumen liegen.

Das dritte Obergeschoß enthält eine zweite Dienstwohnung für den Dienstzimmer des Branddirektors, Brandoberingenieurs und Brandingenieurs sowie die Geschäftszimmer der Feuerwehرداریktion, der Bau- und Wasserversorgungsabteilung, desgleichen die Aktenkammer. Eine erhebliche Vergrößerung erfahren die Räume der Kammerverwaltung, der Buchdruckerei und Buch-



Autowerkstatt mit Verkleidungsträger nach der darüber gelegenen Dreherei und Schlosserei

Auf dem ostenen Tur liegen die Schneiderei und Sattler ein Tages- und Schlafraum für das Krankentransporteinem Situationszimmer und ein freundlich eingerichtetes Café, das die Direktion der Feuerwehr allen die Leipziger Feuerwehr befindenden auswärtigen Berufskollegen in

kommander Weise für Uebernachtung zur Verfügung stellt. Das vierte Obergeschloß beherbergt einen neuzeitlichen Rauch- und Gasübungsraum mit irrgartenartigen Laufgängen, Kriech- und Kletterstrecken sowie den erforderlichen Beobachtungs-, Meß- und Entlüftungseinrichtungen, ferner Werkstätten für die Atem-Apparate und die Starkstromabteilung, Räume für die Aufstellung der Lehrmittel für die Kraftfahrerausbildung und des Ventilators der Schlauffaalbewitterung, ein Umkleezimmer für die Reinigungsfrauen und verschiedene Vorratsräume. Ein Schmuckstück des ganzen Baues ist eine leichte, luftige, ins Dachgeschloß hineinragende Turnhalle mit Bühne und Galerie. Das obere Dachgeschloß füllt den Lager und Bodenkammern aus. Das hohe Satteldach ist zwei Meter von der vorderen Frontmauer zurückgesetzt und damit eine Übungsplattform in Simshöhe für Dachstuhlmanöver geschaffen worden. Außer zwei breiten Treppen ermöglichen eine große Anzahl von Ruffstangen vom vierten Obergeschloß absteigend bis in die Fahrzeughallen die denkbar schnellste Alarmbereitschaft.

Der Wandanstrich ist in allen Räumen eines jeden Stockwerkes einheitlich in Farbe und Fläche, hell und wohllich, dem Auge wohlthuend gehalten. Soweit die Mittel vorhanden waren, wurde die gesamte Innenausstattung der Dienst- und Aufenthaltsräume, das Mobiliar, die Lagerstellen sowie in den Werkstätten die Werkzeug- und Materialschränke samt den Werkbänken erneuert. Da es ohne eine besondere Einrichtung beinahe unmöglich, aber gerade sehr oft notwendig ist, einen einzelnen Beamten, der sich irgendwo in dem ausgedehnten Gebäude befindet, einen Auftrag zu übermitteln, so ist in die Hausfernsprechanlage eine Rundsprucheinrichtung eingebaut, deren Betätigung die Wiedererleiden aller Fernsprecher in sämtlichen Räumen des Gebäudes gleichzeitig zum Erörtern bringt. Da der gewünschte Beamte in einem der Räume, wo die Fernsprechklocke weckt, sein muß, so kann ihm sofort jede dringende Mitteilung übermittelt werden.

Die Alarmierung erfolgt durch zweierlei Signale. Bei Feueralarm ertönen die bisher üblichen elektrischen Rasselglocken, beim Ausbruch zu Unfällen und Hilfeleistungen alarmieren ein- bis dreimalige Hupe signale die Besatzung der abrückenden Fahrzeuge. Eine Rohpostanlage ermöglicht die sofortige schriftliche Uebersendung der Feuer- oder Unfallmeldungen von dem Telegraphen-immer nach den Fahrzeughallen und den Aufenthaltsräumen des Krankentransportpersonals. In einem kleinen Lichtloft ist eine Tankanlage für 6000 Liter Brennstoff eingebaut, von der aus je eine Leitung nach den zwei, für verschiedene Fahrzeuge getrennten Zapfstellen führt.

Sicherlich ist die Aufstellung der Räume nicht durchweg ideal, denn der Architekt war an das vorhandene alte Gebäude, das begrenzte Neubaugelände und an die Wahrung des städtebaulichen Gesamtbildes gebunden. Wenn daneben im Innern des Gebäudes einige Schönheitsfehler zu verzeichnen sind, so kann sich Leipzig nunmehr doch mit seiner neuen Hauptfeuerwache vor allen Fremden in ihrem äußeren Gesamteindruck und vor allen Feuerwehrfachleuten mit ihren inneren Einrichtungen sehen lassen. Leider fehlt noch ein für alle größeren Löschzugübungen genügend großer Hof. Diese Übungen müssen, wie bisher, auf dem unmittelbar vor der Wache liegenden Fleischerplatz unter den Augen und der Kritik einer größeren oder kleineren Zuschauermenge abgehalten werden. Dieses hat zwar einige Vorteile, aber noch mehr Nachteile und die ständige Absperrung des für die Übungen nötigen Platzes ist vorzuziehen.

Der Einbau einer Fahrzeugwaschhalle mit Kalt- und Warmwasserspülung für das Reinigen aller Fahrzeuge, besonders bei Kalte im Winter, wurde wegen Mangel an Mitteln zurückgestellt. Hoffentlich verschließen sich die städtischen Körperschaften der Zustimmung zur Errichtung der beiden letztgenannten Notwendigkeiten nicht allzu lange.

Der Um- und Erweiterungsbau der Hauptfeuerwache hat viele Verbesserungen in der Abwicklung des Dienstbetriebes und erhebliche Vorteile in hygienischer Beziehung für die Feuerwehrbeamten gebracht. Die Beamtschaft erkennt ungeschränkt an, daß die Direktion der Feuerwehr und insbesondere die Bauleitung den vielfachen Wünschen und Anregungen, die bei der Aufstellung und Ausstattung der Räume von der Beamtschaft geäußert wurden, nach Möglichkeit entsprochen hat. Sie vermochte jedoch nicht zu begründen, ob es nur Zufall war, daß nach der Fertigstellung dieses Prachtgebäudes keine Fahnenstangen zu bemerken waren. Doch nach einem letzten Hinweis der Beamtschaft auf das noch Fehlende wurde auch in diesem Falle einzelnen Vermutungen, es könnte etwa eine Fahne in den republikanischen Farben nicht allen Feuerwehrbeamten sympathisch erscheinen, der Boden entzogen. Am Tage der Einweihung und an allen folgenden festlichen Anlässen steht die Leipziger Hauptfeuerwache im Schmuck zweier langwallender Fahnen, eine in den Stadtfarben blaugelb, die andere in den Farben der Republik schwarzrotgold.

Die Beamten der Feuerwehr, die in dem neuerrichteten Gebäude die Schulung für den Kampf mit den Elementen erhalten, werden nach wie vor alles einsetzen, um mit den Lösch- und Rettungsmitteln der neuen Hauptfeuerwache jede Ausbreitung von Feuer- oder Unfallnot von der Leipziger Bevölkerung abzuwehren. L ä s s i g.

Leichtere Feuerwehrgeräte

Die Ausrüstung der Feuerwehrfahrzeuge mit leichtem, der persönlichen Sicherheit des Feuerwehrpersonals aber nicht abträglichem Gerät ist schon lange Gegenstand eingehender Untersuchungen. Gedacht ist hierbei an die Verwendung von Leichtmetall, hauptsächlich Aluminium, das mit Erfolg bereits beim Automobilbau verwendet wird. Dieses Metall hat den großen Vorteil, daß es, selbst bei starker Verwendung von Metall, das Gewicht erheblich vermindert. Nach der Druckverstand ist durch neue Berechnungsmethoden beträchtlich erhöht worden. Für das Feuerwehrpersonal bedeutet die Verarbeitung dieser Metalle in den Geräten zwischenzeitlich eine bedeutende Erleichterung, zumal nicht nur eine Gewichtsverminderung für die Armaturen, sondern auch für die Großgeräte erreicht werden kann.

Ein besonderes Interesse hat dieser Frage die Branddirektion Frankfurt am Main entgegengebracht, die sich seit 1924 mit der Einparung des Leichtmetalls für ihren Betrieb beschäftigt. Allmählich, von einzelnen Armaturen ausgehend, die erst im Uebungs- und dann auf der Brandstelle erprobt wurden, schritt man zum Bau einzelner Teile der Karosserie aus Leichtmetall. So konnte die Branddirektion die Erfahrungen sammeln, um jetzt in eigener Werkstatt und nach eigenen Konstruktionen einen Löschzug zu bauen, bei dem zum ersten Male im weitesten Umfange Leichtmetall Anwendung gefunden hat. Bei der hierbei gegebenen geringeren Nutzlast war es möglich, auch ein leichteres Fahrzeug mit zu betreiben und damit alle hierin liegenden Vorteile für ihren Zweck auszunutzen. Es wurde an den Anschaffungskosten gespart. Das kleinere Fahrzeug hat in dem schon erwähnten Abbreifen und Knallen für den Straßenverkehr erhebliche Vorteile; es verurteilt nicht die starken Erschütterungen der Gebäude, die durch die Abbreifen mit hoher Geschwindigkeit zum Feuer eilenden Fahrzeuge verursacht werden, und es ist wirtschaftlicher, da sein Verbrauch an Betriebsstoff und Gummi geringer ist.

Man hat sich zwei Lastwagenfahrzeuge für einen Löschzug beschafft. Das eine Fahrzeug wurde zu einer Motorpumpe mit einer Karosserie für die Aufnahme der Besatzung und Unterbringung der für die Brandstelle erforderlichen Geräte ausgebaut, während das andere eine Rettungsleiter für 24 Meter Steighöhe erhielt. Der Wagenaufbau wurde für beide Fahrzeuge von der Branddirektion Frankfurt a. M. in eigener Werkstatt selbst aus Leichtmetall ausgebaut. Bei der Leiter wurde zur Gewichtsersparnis von der Lieferfirma Leichtmetall auch für wichtige Konstruktionsteile angewendet. Als Werkstoff für die Wagenaufbauten wurde Aluminium für die Bleche, Silumin aus der eigenen Gießerei für Gußstücke und Lantal für Profile verwendet, während für die Armaturen lediglich Silumin und für die Leiterkonstruktionsteile Duralumin neben Lantal und Silumin Anwendung fanden.

Ein Vergleich der Gewichte eines alarmbereiten Löschzuges aus dem Jahre 1928 mit dem neuen, vollkommen gleich ausgerüsteten und gleichwertigen Löschzüge ergibt folgendes Bild. Die Motorpumpe von 1928 wiegt 6610, die neue 4080 Kilogramm. Die Rettungsleiter von 1928 wiegt 8385, die neue 5500 Kilogramm. Gleich hohe Gewichtsersparnis wurde auch bei den Geräten erzielt, mit denen der Feuerwehrmann auf der Brandstelle zu arbeiten hat. So wiegt z. B. ein Hydrantenstandrohr aus Leichtmetall 7,6 Kilogramm, ein Verteilungsstück 5,25 Kilogramm und eine Schlauchwelle 6 Kilogramm weniger als das gleiche Stück aus dem bisher üblichen Material, wie Kupfer, Bronze oder Gelbguß.

Diese Tatsachen beweisen, daß das Leichtmetall auch im Feuerlöschdienst Verwendung finden kann. Es kommt jetzt nur darauf an, daß man die Verwendungsmöglichkeiten erforscht und prüft, wie weit dadurch eine Gewichtsverminderung erzielt wird. Welt ist in den letzten Jahresheften auf diesem Gebiete bereits ein nicht unerheblicher Fortschritt erreicht worden. II.

Befreiung von der Gehaltskürzung

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich am 1. Juli d. J. mit einem Schreiben an den Reichskanzler gewandt, indem er feststellt, mit Befriedigung davon Kenntnis genommen zu haben, daß die Reichsregierung durch die Befreiung der Soldaten der Wehrmacht bis einschließlich Hauptmann von der Gehaltskürzung durch die 2. Notverordnung anerkannt hat, daß eine Erleichterung von den für die Beamten unerträglichen Lasten dieser Notverordnung möglich ist. Im Anschluß daran stellt der Bundesvorstand fest, daß er an seiner Forderung, Beseitigung der Kürzung des ersten Kinderzuschlages und sonstiger Härten festhalte, trotzdem aber bitten müsse, die Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 3 von der Gehaltskürzung durch die 2. Notverordnung ebenfalls zu befreien.

Die Kommunalbeamtenverbände im ADB. haben sich an den Deutschen Städtetag, den Reichstädtetbund und an den Landgem. indetog gewendet und darauf hingewiesen, daß die für die Soldaten der Wehrmacht durchgeführte Befreiung von der Gehaltskürzung unbedingt auch auf die Kommunalbeamten angewendet werden müßte. Sowohl der Bundesvorstand wie die Kommunalbeamtenverbände verweisen darauf, daß es zu gänzlich unerträglichen Verhältnissen, zu schwerer Beeinträchtigung des Staatsbewußtseins und der Dienstfreudigkeit der Beamten und Angestellten führen müßte, wenn die möglichen Erleichterungen nicht für alle Beamten gleichmäßig geschaffen würden.

Die Beamten der preussischen Schutzpolizei erhalten zum Erlaß für die Gehaltskürzungen durch die 2. Notverordnung besondere Zulagen, die sich zwischen 4,50 Mk. und 12 Mk. monatlich bewegen. Diese Beamten haben auch zur Abgeltung der Gehaltskürzung durch die 1. Notverordnung bereits Zulagen erhalten.

Wir haben schon in Nr. 27 von „Berufsfeuerwehr“ darauf hingewiesen, daß die Feuerwehrbeamten der Gefahr schwerer Gesundheitschädigungen ausgesetzt sind, wenn die Gehaltskürzung auch weiterhin bestehen bleibt, ohne gleichzeitige Verkürzung der Wachdienstzeit. Die für Reichswehr und Polizei geschaffene Ausnahmeregelung schafft die Möglichkeit, auch für das Feuerwehrpersonal Ausnahmeregelungen zu treffen. Wie notwendig diese sind, ergibt sich aus den Ausführungen in Nr. 27 von „Berufsfeuerwehr“. Es ist deshalb Aufgabe der Ortsfachgruppenleitungen, ohne Rücksicht auf die Bestrebungen einer allgemeinen Befreiung der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen, die Befreiung des Feuerwehrpersonals von der Gehaltskürzung zu betreiben, weil die Gefahr besteht, daß im Feuerwehrberuf auch dann schon schwere gesundheitliche Schäden für das Feuerwehrpersonal entstehen, wenn die Kürzung auch nur einige Zeit bestehen bleibt. Diejenige Stelle, die darüber zu wachen hat, daß für die Feuerwehr Leistungsfähigkeit des Personals und Schlagfertigkeit der Wehr erhalten bleibt, ist die städtische Verwaltung (Magistrat, Oberbürgermeister). An sie werden sich die Ortsfachgruppen unter Beifügung von Nr. 27 von „Berufsfeuerwehr“ wenden und die nötigen Anträge stellen müssen.

Brandberichte

Mäßige Brandverluste im Mai dieses Jahres. In dem in der zweiten Hälfte mit tropenartiger Hitze verlaufenen Monat Mai dieses Jahres bewegte sich die Brandkurve ungefähr auf der Höhe des Vormonats. Im ganzen ereigneten sich im Deutschen Reich im Mai d. J. je 10 000 Mk. und mehr betragende teils versicherte, teils unversicherte Feuerschäden 254 mit einem Gesamtschaden von etwa 11 440 000 Mk., während sich im Vormonat April 257 Großfeuer mit etwa 12 355 000 Mk. ereigneten. Seit Beginn dieses Jahres wurden bis Ende Mai 1175 Brände mit zusammen etwa 54 227 000 Mk. gemeldet, gegen 1244 mit etwa 76 825 000 Mk. in derselben Zeit des Vorjahres. In Industrie und Handel waren im Mai viele 100 000 Mk. verzehrende Riesenbrände mit Ausnahme eines Mehlmühle-Werkes überhaupt nicht zu verzeichnen. In der Landwirtschaft stiegen die Brandschäden jedoch etwas an. Hauptächlich war es eine größere Zahl großer Dorfkomplexe verheerender Feuersbrünste, die hohe Werte verschlangen. Im Deutschen Reich ereigneten sich im Mai 1931 in der Landwirtschaft 175 Brände mit 6 445 000 Mk. Wertverlust; in Industrie und Handel 47 Brände mit 3 885 000 Mk. Wertverlust; verschiedener Art 32 Brände mit 1 110 000 Mk. Wertverlust; zusammen 254 Brände mit 11 440 000 Mk. Wertverlust.

Holländ. Pavillon auf der Pariser Kolonialschau zerstört. Der Zerstörung des Münchener Gaspalastes durch ein Schandfeuer folgte am 28. Juni d. J. die Zerstörung des holländ. Pavillons auf der Pariser Kolonialausstellung. Der Pavillon war eine Wiedergabe des Balt-Tempels auf der Sundainel. Er bedeckte eine Fläche von 6000 Quadratmeter, die beiden Haupttürme waren 50 Meter

hoch. Im Innern des Pavillons waren zahlreiche Kostbarkeiten aus alten Sammlungen aus den holländischen Kolonien ausgestellt, die das Ethnographische Museum in Capden und Privatsammler gezeigten hatten, sowie zahlreiche Photographien und statistisches Material, das die niederländisch-indische Regierung zur Verfügung gestellt hatte. Der Empfangssaal war nach dem Muster eines javanischen Festsaales gebaut und enthielt Ausstellungsgegenstände hindostanischer und javanischer Kunst sowie Deckengemälde, die die Entwicklung von Niederländisch-Indien darstellten. Der Wächter des Pavillons hörte um 5 Uhr früh mehrere Explosionen, die aus der Garderobe der holländischen Ausstellung zu kommen schienen. Als er die Türe öffnete, schlugen ihm Flammen entgegen. Durch den entzündenden Fußweg angefaßt, griff das Feuer rasch auf das Innere des Gebäudes über, so daß bald der ganze Komplex der holländischen Ausstellung in Flammen stand. Der Alarm „Großfeuer, Menschenleben in Gefahr“ rief die gesamte Pariser Feuerwehr an die Brandstelle. Mit 20 Rohren wurde das Feuer angegriffen, jedoch gelang es nicht, das prächtvolle Gebäude mit seinen vielen Türmen zu retten. Das Feuer konnte jedoch auf den Hauptpavillon beschränkt bleiben. Das in der Nähe befindliche javanische Theater und ein kleiner Pavillon blieben erhalten. In diesem Pavillon waren auch 50 eingeborene Tänzer und Tänzerinnen untergebracht, die sich vor der drohenden Gefahr noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Der Sachschaden wird auf 10 Millionen Gulden (17 Millionen Mark) geschätzt. Der Erbauer des Pavillons erklärt, daß mehr als 25 Jahre ernster Arbeit notwendig waren, um all die seltenen Gegenstände aus den holländischen Kolonien zusammensuchen, die im Innern des Gebäudes ausgestellt waren und dem Feuer zum Opfer gefallen sind. Die Ursache des Brandes wird auf einen Kurzschluß zurückgeführt.

Ortsgruppen-Mitteilungen

Berlin. Die Beamtenvertretung hat an den Oberbranddirektor der Stadt Berlin ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Betrifft: Gehaltskürzung für die Berufsfeuerwehrbeamten. Der Vertrauensauschuß I. verweist darauf, daß nach Zeitungsmeldungen (Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung Nr. 72 73 liegen bei) die Soldaten der Wehrmacht vom Hauptmann abwärts von der Gehaltskürzung durch die 2. Notverordnung ausgenommen sind. Die preussischen Polizeibeamten haben sowohl für die Gehaltskürzung durch die 1. Notverordnung, als auch für die Gehaltskürzung durch die 2. Notverordnung Erlaß durch besondere Zulagen erhalten. Für die Berufsfeuerwehr der Stadt Berlin besteht ebenso die dringende Notwendigkeit jederzeitiger Schlagfertigkeit wie für die genannten Einrichtungen. Diese Schlagfertigkeit kann aber nur dann bestehen, wenn die Leistungsfähigkeit der Feuerwehrbeamten erhalten bleibt.“ Es wird dann auf die Anforderungen verwiesen, die die Erfüllung der Dienstaufgaben an das Personal der Berufsfeuerwehr stellt sowie auf die Erkrankungshäufigkeit und den Verbrauch an Personal, wie sie in Nr. 27 der „Berufsfeuerwehr“ geschildert sind. Dann wird gesagt:

„Um eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse bei der Berliner Feuerwehr und eine schwere Schädigung sowohl der Feuerwehrbeamten als auch der Stadt abzuwehren, ist dringend notwendig, die Feuerwehrbeamten der Stadt Berlin ebenso von der Gehaltskürzung auszuschließen wie die Beamten der Reichswehr und der Polizei. Wir bitten deshalb dringend, dahin zu wirken, daß für das Personal der Berliner Berufsfeuerwehr bis einschließlich Oberbrandmeister entweder

a) die durch Notverordnung angeordnete Kürzung der Gehaltsbezüge unterbleibt, oder

b) durch eine der Kürzung entsprechende Ausgleichszulage die tatsächlichen Folgen der Gehaltskürzung unwirksam gemacht werden, oder

c) das Normaldienstleistungsgeld der Feuerwehrbeamten von wöchentlich 84 auf 66 Stunden herabgesetzt wird.“

Der stellvertretende Oberbranddirektor, Herr Branddirektor Pobjiedt, hat die Forderung als vollkommen berechtigt anerkannt und zugesagt, sie nach Kräften zu unterstützen.

Achtung! Berliner Pensionäre! Alle pensionierten Kollegen, die in den Jahren 1910 bis 1914 dem DDB beigetreten sind, erhalten nach den Uebergangsbekimmungen der Verbandsordnung auf Antrag ab 1. Januar 1932 Invalidenunterstützung. Antrag sind unter Beifügung des Mitgliedsbuches sowie des Pensionärbescheides im Monat November 1931 unserer Geschäftsstelle Berlin II 24, Johannistr. 14 15 — Zimmer 25 — zuzustellen. Alle in Groß-Berlin wohnenden Kollegen müssen den Antrag persönlich stellen, da sie auf dem Antragsformular eigenhändig Unterschrift leisten müssen.

Achtung! Rentka-Mitglieder! Kollegen, denkt daran, das der Verzicht auf die Witwenrente

nur innerhalb des ersten Mitgliedsjahrs möglich ist. Verzichtleistung persönlich in unserer Geschäftsstelle unter Vorlegung des Rentka-Mitgliedsbuches. J. A. Juni 1931

Verlagsamt „Quartier“ GmbH des Gesamt-Verbandes, Berlin SW 16, Mühlenstr. 10
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weimann, Berlin SW 16, Mühlenstr. 10
 Fernruf: Jannowsky Nr. 474